

Dresden für alle?!

Hallo liebe Menschen. Wir freuen uns ehrlich, dass Teile der sogenannten Zivilgesellschaft aufgewacht sind, dass Personen und Institutionen des öffentlichen und politischen Lebens nicht mehr die Augen davor verschließen, dass Angst und Hass versuchen die Straße zu erobern.

Symbolische Aktionen, wie zum Beispiel ein „Sternmarsch“ sind wichtig, um Missstände zu skandalisieren und um den Menschenfeinden nicht die Straße zu überlassen - das wissen wir. Doch stellen sie, wenn es lediglich bei Symbolik bleibt, nichts anderes dar, als Balsam für das eigene schlechte Gewissen und der Imagepflege der Stadt. Es ist nichts gewonnen, wenn die vermeintlich „Gute Mitte“ zwar endlich aufsteht, diesmal bevor Menschen sterben, sich gesellschaftlich und politisch aber nichts ändert! Wir werden im Folgenden aufzeigen, dass Rassismus im Kontext der Asylthematik in der Gesellschaft schon längst angekommen ist und wie sich dies für Betroffene bemerkbar macht.

Flucht und Migration entstehen nicht im luftleeren Raum. Sie sind Folgen - teils Jahrhunderte zurückliegender - ökonomisch motivierter, praktischer Politik - auch der Deutschen! Hierauf wollen wir hier aber nicht näher eingehen. Nur soviel: es ist schlicht perfide, diese Folgen menschenverachtender Politik an den Grenzen Europas mit aller Gewalt zu bekämpfen!

Auch Rassismus und andere menschenverachtende Einstellungen sind nicht einfach da. Sie sind Ausdruck des gesellschaftspolitischen Klimas! Spätestens seit den Erfahrungen der deutschen Barbarei, für die Auschwitz Synonym steht, ist Rassismus, zumindest in seiner offenen Form, offiziell nicht mehr wohlgehalten. Auf den von der Politik gesetzlich manifestierten strukturellen Rassismus wollen wir später eingehen, ebenso wie auf die widerliche Unterscheidung in sogenannte „Kriegs-“ und „Wirtschaftsflüchtlinge“

Die rassistische Stimmung ist das Ergebnis mangelnder Geschichtsaufarbeitung und der deutschen Politik der letzten 69 Jahre. So genannte „Gastarbeiter“ wurden seit den 1950’er Jahren im ehemaligen Westen und seit den 1960’ern im ehemaligen Osten systematisch segregiert. Die Folge ist aber nicht, dass diesen Ausgeschlossenen die Hand gereicht wird, Nein!; es wird von „Parallelgesellschaften“ gefaselt. Seit den 1980’ern versuchen die Unionsparteien das Recht auf Asyl abzuschaffen. Die Antwort der Bundesregierung auf die Pogrome und rassistischen Morde Anfang der 1990’er war die faktische Abschaffung des Grundrechtes auf Asyl im Jahre 1993 – mit den Stimmen der SPD.

Der Komplex des so genannten „NSU“ zeigte dann wieder einmal, wie es um den Geist deutscher Politik und der deutschen Strafverfolgungsbehörden bestellt ist. Ja, auch Teile der Grünen, siehe Hessen, erachteten „NSU-Untersuchungsausschüsse“ für nicht erforderlich. Schließlich und endlich reihten sich auch die Bundes-Grünen 2014 in den Reigen menschenverachtender Politik ein, als Balkanstaaten, in denen Menschen ob ihrer sexuellen Orientierung diskriminiert werden und Sinti und Roma tagtäglich um ihre Gesundheit fürchten müssen, zu sicheren Drittstaaten erklärt wurden.

Aber um endlich mal zum Punkt zu kommen: Wie kann sich die städtische CDU, wie kann sich Innenminister Ulbig beim Bündnis „Dresden für Alle“ mit einreihen? Eine Partei, welche wie keine zweite der etablierten Parteien für Fremdenfeindlichkeit, Ausgrenzung und Abschiebung steht.

Wofür sollte denn ein Bündnis stehen, welches sich „Dresden für Alle“ nennt? "Dresden für alle", das bedeutet doch, als Kontrapunkt zu PEGIDAs Einstellungsmustern zeigen zu wollen, dass diese Stadt für jeden Menschen offen ist. Vorrangig sollte sich Jede*r

mit der Thematik der Gleichwertigkeit aller Menschen befassen und, dass es keine Differenzierungen geben darf, Wer Wo Willkommen ist und Wer nicht. Aus den unterschiedlichsten Lebensumständen heraus, kommt es zu Migrationsbewegungen, um sich an anderer Stelle eine Existenz aufzubauen; und Alle sollten hierfür die gleichen Möglichkeiten haben. In diesem Zusammenhang finden wir es verwerflich, dass sich in die PEGIDA-Kritik auch Menschen einreihen, die offensichtlich KEIN Interesse daran haben, dass Dresden und die ganze Welt für alle Menschen da ist, wohin es Sie auch immer verschlägt. Es haben sich letzte Woche Akteure angeschlossen, deren tägliche Politik zeigt, dass sie keineswegs alle Menschen willkommen heißen. So reiht sich nun auch Ulbigs Vorhaben, Tunesien zum sicheren Drittstaat zu erklären, nur in eine Kette regressiver Asylpolitik ein. Ein Staat als Sicher zu erklären, ermöglicht es den Deutschen Behörden, diejenigen schneller abzuschieben, welche aus diesem Land geflohen sind. Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass es in den Medien in den letzten Monaten immer wieder zu einer negativen Berichterstattung über Menschen aus Tunesien kam, drängt sich der Verdacht auf, es handelt sich hier nur um eine schnelle Entledigung eines vermeintlichen Problems.

Abschiebung scheint in Sachsen ohnehin ein Wort für Schöner Wohnen zu sein, wenn wir bedenken, dass es Markus Ulbig ist, der sich damit rühmt, dass Sachsen in Fragen Abschiebung im innerdeutschen Vergleich den Platz Eins belegt. Wir wollen es hier noch einmal ausdrücklich sagen: Abschiebungen sind gewaltvoll durchgesetzte unfreiwillige Ausweisungen aus Deutschland. Für die Betroffenen bedeutet dies im besten Fall noch in ein Elend zurückzukehren, dass Sie unter Aufwendung all ihrer Kraft und Ressourcen verließen und im schlimmsten Fall bedeutet dies, sie Folter und Mord preiszugeben.

Wie ist das große Paradoxon möglich, dass sich der PEGIDA-Initiator Lutz Bachmann und CDU-Innenminister Ulbig gegenseitig diffamieren, aber so ähnliche Ansichten über Abschiebepolitik und generell über alles das, was Fremd scheint, teilen? Die Berichterstattung über PEGIDA ist zu Recht eine negative, dies könnte eine ebensolche Außenwahrnehmung des Standort Dresdens und Sachsen zur Folge haben. Um dieses Bild ein wenig zu korrigieren, bietet es sich natürlich an, sich als regierender Politiker Seite an Seite zu denen zu stellen, die gegen PEGIDA Stellung beziehen. Nennen wir das Kind beim Namen: es ist Heuchelei. Wer, wie Markus Ulbig, mit dem Wachsen PEGIDAs ankündigt, eine Sonderkommission der Polizei für Ausländerkriminalität einrichten zu lassen, obwohl selbst Polizeipräsident Kroll sagt, von Asylsuchenden ginge keine Störung der Ordnung aus, der gießt Wasser auf die rassistischen Mühlen PEGIDAs.

Auf die Ende letzten Jahres stattfindende, rassistische Hetze in Schneeberg lies Ulbig jegliche Solidarität mit Denen, gegen die da gehetzt wurde, missen. Schlimmer noch, er konnte die Beweggründe der fackelschwingenden Rassist*innen verstehen und versprach ihnen ein politisches Entgegenkommen.

Die Beispiele lassen sich munter fortsetzen: so verwehrt Ulbig auch einen Winterabschiebestopp. Dieser bedeutet für Menschen, die aus entsprechenden Gebieten kommen, sie während der Wintermonate nicht dorthin zurückzuschicken, in denen sie unter Umständen keinen sicheren Aufenthaltsort vorfinden, der sie vor Kälte schützt. Dies bedeutet, Ulbig nimmt in Kauf, dass Menschen Temperaturen ausgesetzt werden, in denen sie erkranken oder gar sterben können! Wer sich tatsächlich gegen PEGIDA und deren Rassismus positionieren will, der*die muss für einen besseren Umgang mit flüchtenden Menschen eintreten und sich mit diesen solidarisieren.

Wer an der Ausgrenzung und Herabsetzung von geflüchteten Menschen beteiligt ist, steht PEGIDA einfach viel zu nahe, um sich gegen diese zu stellen. So erklärt sich auch

das große Interesse Ulbigs mit PEGIDA ins Gespräch zu kommen, die Größe ihrer Teilnehmendenzahl kann wohl kaum der Grund sein; es hat bereits größere Proteste gegeben, wie z.B. gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm; wir können uns nicht erinnern, dass es im Zusammenhang mit diesen je zu einem Gesprächsangebot gekommen wäre. Worauf wir hinaus wollen wird deutlich, wenn wir uns noch einmal in Erinnerung rufen, dass CDU-Landtagschef Kupfer ankündigte, die Sorgen PEGIDAs ernst zu nehmen und in seiner Fraktion das Thema Asyl stärker zu diskutieren.

Damit wird Rassismus als berechtigte Sorge dargestellt, ein Podium geboten und zur Diskussion gestellt, was eigentlich nicht diskutiert werden muss! Zuletzt mündete dies Anfang der 1990er Jahre bei brennenden Asylsuchendenheimen und Brandanschlägen gegen Wohnungen Geflüchteter. Dass die Brandanschläge gegen Wohnhäuser in Gorbitz in der Nacht von Freitag auf Samstag ebenfalls einen rassistischen Hintergrund haben, da unter anderem Asylsuchende diese bewohnen, ist vor dem Hintergrund der dort grassierenden Bedrohung Geflüchteter recht wahrscheinlich. Die Politik arbeitet hier an einer schwelenden rassistischen Stimmung mit.

Eine klare Positionierung gegen den rassistischen Geist sieht anders aus, wenn sie über die Beruhigung des eigenen Gewissens oder der Verteidigung des Standorts hinausgehen soll: dies muss mit der praktischen Unterstützung der Betroffenen einhergehen! Ein Anfang wäre ein Winterabschiebestopp!

Ein weiterer Aspekt ist der konstruierte „Unterschied“ zwischen sogenannten Kriegs- und Wirtschaftsflüchtlingen. Die rassistische Argumentation, derer sich PEGIDA, aber auch große Teile der Zivilgesellschaft und der etablierten Parteien, allen voran die CDU/CSU, hier bedient, differenziert zwischen diesen Menschen. Dabei werden Kriegsgeflüchtete akzeptiert, Wirtschaftsflüchtende hätten allerdings keinerlei Rechtfertigung für ihre Flucht. Dies halten wir für ein vorgeschoenes Scheinargument, um einen „humanitären“ Anschein zu wahren. Schaut mensch sich aber die PEGIDA-Anhänger*innen und zuweilen auch diverse Politiker*innen genauer an und hört bzw. liest deren Parolen, wird deutlich, dass eine generelle Ausländer- und Asylbewerberfeindlichkeit herrscht.

Davon abgesehen, ist es unmöglich, für durchschnittliche Bürger*innen aus Mitteleuropa, sich in ein Daseinsumfeld einzufühlen, welches von Armut, Hunger und Unterversorgung jeglicher Art geprägt ist. Die Gründe, warum Menschen sich den zehrenden und teilweise lebensbedrohlichen Strapazen einer Flucht aussetzen, sind vielfältig; und diese Entscheidung wird wohl niemand leichtfertig treffen. Dies kann in keine divergierenden Wertigkeiten unterteilt werden. Gerade weil es nicht von der Hand zu weisen ist, dass die reichen europäischen Länder nach wie vor von dem Elend der sogenannten „Dritten Welt“ profitieren, um unsere westlichen Privilegien aufrecht zu erhalten. Dies entzieht den Menschen dort die Grundlage zur Selbstversorgung und bildet eine Abwärtsspirale aus Armut und Leid. Wir sind gegen eine Differenzierung Geflüchteter durch unverständliche, vorurteilsbehaftete Ressentiments. Wir sind gegen die Differenzierung in Kriegsgeflüchtete und vermeintliche Wirtschaftsflüchtende, gegen die Selektion von Menschen aufgrund ihrer Lebensumstände! Für ein sicheres Leben ohne Grenzen und Abschiebung und für Solidarität mit ALLEN Geflüchteten. Dresden für alle eben!

In Sachsen lag der Ausländeranteil 2013 bei 2,6 Prozent und im ersten Halbjahr dieses Jahres haben im Freistaat ca. 16.000 Menschen einen Erstantrag auf Asyl gestellt. Im gleichen Zeitraum wurden bereits 585 Menschen wieder abgeschoben, damit liegt Sachsen, wie bereits erwähnt, an der Spitze, was die Anzahl der Abschiebungen

innerhalb von Deutschland betrifft. Abgesehen von dieser harschen Abschiebepolitik ist immer noch vielen Menschen nicht klar, in welch prekären Umständen sich Geflüchtete in diesem Land befinden. Die durchschnittliche Bearbeitungsdauer von Erstanträgen lag im letzten Jahr bei 7 Monaten, in denen die Geflüchteten meist nichts tun können und dürfen, außer zu warten. Sie sind strengen und teils menschenunwürdigen Gesetzen und Verordnungen unterworfen. Einige wenige möchten wir hier aufzeigen: In dieser Zeit und während der sogenannten „Duldung“ haben die Menschen einen gesetzlichen Anspruch auf 6 m² Wohnraum, was dazu führt, dass im Regelfall mehrere Personen ein Zimmer bewohnen müssen. Dieses Zusammenpferchen von Menschen, die unterschiedliche Fluchtgeschichten haben und zum Teil versuchen traumatische Erfahrungen zu bewältigen, gewährleistet keinerlei Schutz der Intimsphäre und belastet Gesundheit und Wohl der Geflüchteten. Häufig befinden sich diese „Sammelunterkünfte“ in abgelegenen Gegenden und alle Einkäufe, Behördengänge und ähnliches gestalten sich als große Schwierigkeit und dies führt zu einer räumlichen Ausgrenzung der Asylsuchenden.

Daher muss es selbstverständlich werden, dass Geflüchtete wie fast alle anderen Hierlebenden auch, dezentral unterkommen können! Durch die Residenzpflicht, welche die Menschen zwingt, sich in vorgegebenen Grenzen, wie Landkreisen, zu bewegen, wird die Ausgrenzung noch verstärkt und geflüchtete Menschen mit einem verständlichen Wunsch nach Freiheit und freier Bewegung werden durch ein Sonderstrafrecht für Asylsuchende in die Illegalität gedrängt. Um einer Ausgrenzung von Geflüchteten endlich entgegenwirken zu können, damit diese die Möglichkeit zur Teilnahme am gesellschaftlichen Leben bekommen, muss die Residenzpflicht endlich abgeschafft werden! Ein weiteres Beispiel für den diskriminierenden behördlichen Umgang mit Geflüchteten ist deren medizinische Versorgung. Sie sind nicht gesetzlich krankenversichert und benötigen vom Sozialamt Krankenscheine, um einen Arzt aufzusuchen zu dürfen. Menschen ohne medizinische Ausbildung entscheiden dort über die Dringlichkeit von Beschwerden. Erst nach 4 Jahren Aufenthalt können Asylsuchende unter bestimmten Umständen eine gesetzliche Krankenversicherung beanspruchen. Die Zustände in denen sich die "Sammelunterkünfte" befinden, sind oftmals mehr als fragwürdig. Neben Baufälligkeiten wurde beispielsweise gerade in der größten Unterkunft in Dresden auf der Florian-Geyer Straße ein massiver Ungezieferbefall öffentlich. Die Menschen, die nur in Ausnahmefällen die Möglichkeit haben den Wohnort zu wechseln, sind permanenten gesundheitlichen Belastungen durch massiven Schimmelbefall und Bettwanzen ausgesetzt. Ihre Selbstkontrolle wird Ihnen entzogen, da ausschließlich Heimleitung und Personal Reparatur- und Renovierungsmaßnahmen durchführen können und dürfen. Diese scheint damit aber überfordert zu sein, da die Beschwerden immer noch anhalten. Auch hier muss es gelten, den Geflüchteten endlich ein menschenwürdiges Leben zu gewährleisten, das Gesundheitsamt Dresdens muss endlich aktiv werden, um diese hygienischen Unzumutbarkeiten zu beheben! Diese kurz aufgegriffenen Beispiele aus einem gewaltigen Pool aus Diskriminierung zeigen, dass Geflüchtete und Asylsuchende oftmals als Menschen zweiter Klasse behandelt werden und nur begrenzt die Chance bekommen, hier in zumutbaren Bedingungen zu leben.

Wir sagen es hier noch einmal ganz deutlich: Wer sich gegen die aktuell überall aufflammende rassistische Hetze stellen will, der muss sich mit den Betroffenen solidarisieren.

Diese aus der Gesellschaft zu drängen bedeutet, das Bild, Geflüchtete seien irgendwie andersartig und minderwertig, weiter zu befeuern! Dort muss also ebenso angesetzt werden, wie beim direkten Widerspruch gegen rassistische Mobilisierung wie es z.B. bei PEGIDA der Fall ist!

Der Anfang ist gemacht: Ihr steht alle hier um Eure Ablehnung gegen die Haltungen PEGIDAs und Co zu demonstrieren! Gehen wir nun einen Schritt weiter und setzen uns für eine antirassistische Politik ein.

Daher fordern wir: die Abschaffung der Residenzpflicht, einen verstärkten Ausbau des Konzeptes der dezentralen Unterbringung und einen sofortigen Winterabschiebestopp! Wir fordern, dass das Gesundheitsamt Dresdens endlich aktiv wird, um die unhygienischen Zustände in der Florian-Geyer-Str. zu beseitigen!

Wir fordern grenzenlose Solidarität mit allen Geflüchteten und keine fiktiven Unterteilungen.

Für eine solidarische Gesellschaft ohne Ungleichwertigkeiten!